

■ Russlands Vorschläge zur Konfliktlösung

Friedensdrohung

Von Arnold Schölzel

Ungewöhnliches hatten deutsche Medien in den vergangenen Tagen zu vermelden: Wladimir Putin und Angela Merkel telefonierten am Montag miteinander, und es ging um Frieden. Genauer um eine politische Lösung der koreanischen Krise und um Putins Vorschlag, im Osten der Ukraine UN-Soldaten zu stationieren. Immerhin kam die FAZ nicht umhin, am Mittwoch auf Seite eins zu berichten: »Die Regierungen Deutschlands und der Ukraine haben einen neuen Vorschlag des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu einer möglichen Friedenstruppe der Vereinten Nationen (UN) im russisch besetzten Osten der Ukraine mit vorsichtigem Optimismus kommentiert.« Da staunt der Laie. Russland hat also den Donbass besetzt und will nun die Okkupation durch Blauhelme ersetzen? Da ist entweder im Kremel oder in Frankfurt am Main etwas durcheinander geraten.

Die Hessen wurden jedenfalls auf dem falschen Fuß erwischt – in mehrfacher Hinsicht. Der Krieg, den Kiew seit 2014 gegen die Bevölkerung der Ostukraine führt, fand seine Ergänzung in dem vom Westen induzierten Feldzug gegen Syrien, den Russland und die Armee des arabischen Landes für sich entschieden haben. Die Zerstörung Syriens war und ist aber ein Teil des geostrategischen Vorhabens des Westens zur Umzingelung Russlands, dessen erster Ansatz die NATO-Besetzung Afghanistans 2001 war, gefolgt von der Zertrümmerung des Irak seit 2003. Es sei noch einmal daran erinnert: Afghanistan in den Händen

des westlichen Kriegspakts bedeutet, dass jeder Punkt der früheren Sowjetunion von NATO-Basen aus mit sogenannten konventionellen Waffen erreicht werden kann. Russland ist Opfer dieser Aggressionen, die von der Stationierung westlicher, auch deutscher Truppen, an der russischen Westgrenze komplettiert werden.

Das russische Interesse in dieser Situation liegt auf der Hand: eine friedliche Umgebung von der Grenze zu Nordkorea bis zu der mit Estland bei St. Petersburg schaffen und damit das Kriegsszenario des Westens, der außer auf eigene, auch atomare Hochrüstung, wesentlich auf dschihadistische Terrorgruppen setzt, durchkreuzen. In Syrien ist das mit militärischen Mitteln gelungen, in Afghanistan kontaktiert Russland Kräfte der Taliban, um auszuloten, ob eine innerafghanische Konfliktlösung möglich ist. Der Vorschlag für Blauhelme in der Ostukraine wurde nicht zuletzt wegen des Sieges in Syrien möglich. In Berlin scheinen die Realisten das ähnlich zu sehen.

Angesichts möglicher positiver Entwicklungen in den deutsch-russischen Beziehungen schlugen die deutschen Mainstreammedien am Donnerstag zurück: keine Nachrichtensendung, in der nicht das am selben Tag angelaufene gemeinsame Manöver von Russland und Belarus Spitzenmeldung war, nämlich als Gefahr. Beide Staaten haben zwar westliche Beobachter eingeladen, erwähnt wurde das kaum. Die russische Friedensdrohung musste gebührend zurückgewiesen werden. Mit Kriegshetze.

■ Antieuropäer des Tages

Chinesische Investoren



den Unternehmen in der Region »das Risiko exzessiver Abhängigkeit von staatlichen chinesischen Investitionen«. Wirtschaftliche Abhängigkeit in der Euro-Zone? Zuvor undenkbar! Hier gibt es für »Reformen« Geld. Die »Pleitegriechen« (Bild) sollen Renten und Löhne kürzen und die Infrastruktur privatisieren, sonst dreht ihnen die Europäische Zentralbank (EZB) den Geldhahn zu.

Exklusiv warnte die Zeitung für Deutschland, FAZ, am Donnerstag auf Seite 1: Die Chinesen stehen auf dem Balkan. Das Blatt zitierte eifrig vorab aus einer Studie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die am Donnerstag in Athen vorgestellt werden sollte. Der Skandal: China investiere seit Jahren in die Infrastruktur südosteuropäischer Länder. Im Auftrag »der Partei« wurde unter anderem eine Schnellbahn von Bukarest nach Belgrad spendiert, deren Plan seit zehn Jahren in Amtsstuben verstaubte. Der Containerschlag im Hafen von Piräus, der dem Hongkonger Konsortium Cosco gehört, ist in den ersten fünf Monaten 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,2 Prozent gewachsen. Aber Obacht: Mittelfristig drohte

Die Entwicklungsbank klagt, es mangle weiterhin an transparenten Ausschreibungsverfahren. Ach, du je. Was erlauben sich die Kommunisten in Beijing? Wo doch in Griechenland die Wirtschaft nach Prinzipien zum Markte getragen wurde, die vor Transparenz in Spektralfarben leuchteten. Warum sich die »Troika« aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds geringer Beliebtheit bei der Bevölkerung erfreut, soll mal einer verstehen.

Die FAZ berichtete zu guter Letzt, die »massenhaften Investitionen« aus der Volksrepublik sollen sich nicht nur ökonomisch auszahlen. Serbien und Griechenland, die größten Abnehmer chinesischer Finanzen, blockierten in der Europäischen Union sogar chinakritische Erklärungen. Es folgt der nächste Abgesang aufs Abendland.

Simon Zeise

»Fast alle, die studieren, müssen nebenbei jobben«

Das BAföG ist zu niedrig, um unabhängig von der Herkunft ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Gespräch mit Nathalie Schäfer

Ihr Verband ist Teil eines Bündnisses aus Studierendenvertretern und Gewerkschaften, das in einem zu Wochenanfang veröffentlichten Positionspapier eine »umfassende« Reform der Bundesausbildungsförderung, BAföG, fordert. Die letzte Novelle ist doch gerade einmal seit einem Jahr in Kraft. Wieso besteht jetzt schon wieder Nachholbedarf?

Das BAföG, wie es derzeit besteht, deckt den Bedarf von Studierenden kaum. Da hat auch die letzte Erhöhung wenig gebracht. Eine umfassende Reform ist nötig, weil Mieten und Lebenshaltungskosten stetig gestiegen sind. Nach einer zügigen substantiellen Erhöhung der Fördersätze, die auch gesetzlich festgeschrieben ist, sollte das BAföG künftig regelmäßig und automatisch an gestiegene Bedarfe angeglichen werden.

In welcher Größenordnung müsste die kommende Bundesregierung beim BAföG nachlegen?

Um die Kostensteigerungen der letzten Jahre auszugleichen, müssten die Fördersätze um mindestens 6,5 Prozent erhöht werden. Dass das keine radikale Forderung ist, zeigt sich, wenn man genauer auf die Bedarfssätze schaut. Die Wohnpauschale wurde zuletzt von 224 Euro auf 250 aufgestockt, was aber immer noch fern jeder Realität ist. Für mein WG-Zimmer mit neun Quadratmetern in Frankfurt zahle ich warm 340 Euro, und das ist noch vergleichsweise wenig.

Nach neuen Zahlen des Statistischen Bundesamts ist die Zahl der BAföG-Bezieher weiter rückläufig. Das liegt auch daran, dass immer mehr Studierende freiwillig auf die Einlösung ihrer Ansprüche verzichten. Wie erklären Sie sich das?



Nathalie Schäfer studiert Kunstgeschichte und Erziehungswissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt (Main) und ist Vorstandsmitglied beim »Freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften« (fzs), einem bundesweiten Dachverband von Studierendenvertretungen

Die Zahl der Geförderten wuchs nicht entsprechend der steigenden Studierendenzahlen. Damit verfehlt das BAföG seinen Anspruch, gleiche Bildungschancen für alle zu garantieren. Zwar sind die Rückzahlungsmodalitäten besser als bei Studienkrediten, weil die BAföG-Schuld bei 10.000 Euro gedeckelt ist. Trotzdem wirkt sich die Rückerstattungspflicht sozial selektiv aus. Gerade junge Menschen mit nichtakademischer Herkunft werden so entweder von der Aufnahme eines Studiums abgehalten, oder sie ziehen es vor, zu jobben, statt sich zu verschulden. Deshalb fordern wir den Ausbau zum Vollzuschuss, um mehr Studierenden die Entscheidung für ein Hochschulstudium zu erleichtern.

Ursprünglich sollte das BAföG im Fall der Höchstförderung der vollumfänglichen Finanzierung eines Studiums dienen. Wie weit sind wir davon heute entfernt?

Fast alle, die studieren, müssen nebenbei jobben, um über die Runden zu kommen. Wer aber in Teilzeit studiert, schafft sein Studium meist nicht in der Regelstudienzeit. Die Koppelung des BAföG an die Regelstudienzeit geht also ebenfalls an der Lebensrealität vorbei.

Welche der etablierten Parteien kommt Ihren Vorstellungen gemäß Programmatik am nächsten?

Gerne wird vor den Wahlen viel versprochen, das ist ja bekannt. Für eine elternunabhängige Förderung plädiert sogar die FDP. Da wir aber Vollzuschuss, Bedarfsorientierung und Elternunabhängigkeit fordern, stehen wir den Positionen der Partei Die Linke am nächsten. Letztendlich können wir die Parteien nicht an dem messen, was sie versprechen, sondern nur an dem, was sie umsetzen, und das war in den letzten Jahren nicht viel.

Sie sagen es. Die SPD nennt sich gerne die »BAföG-Partei«, verspricht jetzt auch allerhand, hat aber in Regierungsverantwortung vier Nullrunden zu verantworten ...

In der Bildungslandschaft ist das zu niedrige BAföG ja nicht das einzige Problem. In Baden-Württemberg hat Grün-Schwarz diskriminierende Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer beschlossen. Gleiches droht in Nordrhein-Westfalen durch eine schwarz-gelbe Regierung. Bildung darf kein Privileg sein, das vom Geldbeutel abhängt. Viel eher muss sich eine Gesellschaft fragen, welche Art Bildungssystem sie will: eines, das Menschen ausschließt, oder eines, das zur Schaffung eines ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Bewusstseins beiträgt.

Interview: Ralf Wurzbacher

■ Abgeschrieben

Der europapolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Andrej Hunko, kommentierte am Donnerstag in einer Pressemitteilung die Antwort auf eine Anfrage an die Bundesregierung zur Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Ukraine:

Die Bundesregierung muss ihre umfangreiche Kooperation mit dem ukrainischen Sluschba Bespeki Ukrainy (SBU) sofort beenden. Der Inlandsgeheimdienst ist nicht nur für Menschenrechtsverletzungen und die Führung schwarzer Listen bekannt. Das Bundesinnenministerium attestiert dem SBU und auch der Generalstaatsanwaltschaft jetzt rechtsstaatliche Mängel. Das muss Konsequenzen haben.

In zwei EU-Projekten werden ukrainische Grenztruppen unter Leitung des deutschen Finanzministeriums und der Bundespolizei trainiert. Die Ukraine ist Mitglied des europäischen Netzwerks zum grenzüberschreitenden Einsatz von Polizeispezialisten. (...) In mehreren Bereichen kooperieren das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Zollkriminalamt und die Zollverwaltung mit dem SBU. Der Dienst hat jedoch Polizeivollmachten. Ich befürchte, dass die Zusammenarbeit dem deutschen Trennungsgebot zu-

derläuft, etwa wenn an die Ukraine weitergegebene Informationen für Zwangsmaßnahmen oder Einreiseperrnen genutzt werden. Ich bin selbst von einem politisch motivierten Einreiseverbot des Geheimdienstes betroffen.

Zweifellos ist der gesamte ukrainische Sicherheitssektor, wie es Bürger- und Menschenrechtsorganisationen fordern, reformbedürftig. Mit 52 Millionen Euro unterstützt die Europäische Union deshalb den Ausbau des Polizeibereichs. Ich halte die Projekte aber für äußerst problematisch, denn dahinter versteckt sich die Heranführung an EU-Standards und den Schengen-Acquis. Durch die Hintertür wird die Ukraine auf diese Weise im Bereich der inneren Sicherheit zum Pufferstaat der Europäischen Union.

Der »Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden« (KoPI) nahm am Donnerstag in einer Presseerklärung zum Beschluss des Magistrats von Frankfurt am Main »Antisemitismus keinen Raum geben« Stellung:

KoPI übt entschiedene Kritik am Beschluss des Frankfurter Magistrats, israelkritischen Gruppen und Veranstaltun-

gen keine Räume mehr zur Verfügung zu stellen, und appelliert an die Stadtverordneten, diese Einschränkung der Meinungsfreiheit nicht mitzutragen. In seiner Erklärung weist KoPI den Antisemitismusrvorwurf gegen »Boycott, Divestment and Sanctions« (BDS) zurück und erinnert an den Versuch des Frankfurter Bürgermeisters Uwe Becker, die Konferenz »50 Jahre israelische Besatzung...« im Juni durch seine Intervention zu verhindern. Dies konnte erst durch einstweilige Verfügung des Frankfurter Amtsgerichts vereitelt werden.

Antisemitismus muss entschieden entgegnet werden. Mit den Worten des israelischen Historikers Prof. Moshe Zuckermann: Wer Antisemitismus wirksam bekämpfen wolle, vermeide es, »Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik wahllos in seinen deutschen Eintopf zu werfen ...«

Statt faktischen Diskussionsverbots und Gerichtsverfahren wünscht KoPI sich den demokratischen, gerne auch kontroversen Dialog über die brennende Frage, wie Israelis und Palästinenser zu einer tragfähigen Friedenslösung und gleichberechtigtem Zusammenleben kommen können und welchen Beitrag Europa dazu leisten kann.

www.kopi-online.de